



Hessisches Ministerium der Finanzen · Postfach 3180 · 65021 Wiesbaden

Der Kreisausschuss des Landkreises
Darmstadt-Dieburg
Herrn Landrat
Klaus Peter Schellhaas

64276 Darmstadt

Geschäftszeichen S 1910 A - 059
Dokument-Nr.

Bearbeiter/in
Durchwahl
Fax
E-Mail
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht 02.01.2019
Datum 2.2.19

Resolution "Vermögenssteuer jetzt..." des Kreistages des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich bedanke mich auch im Namen von Herrn Ministerpräsidenten für Ihr Schreiben vom 2. Januar 2019, mit dem Sie die Resolution des Kreistags des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Einführung der Vermögenssteuer zur Kenntnis geben.

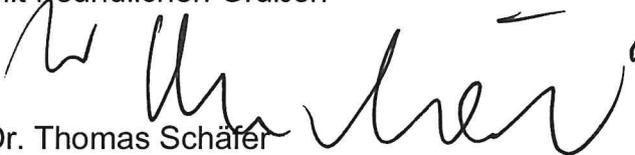
Die Hessische Landesregierung, in deren Namen ich Ihr Schreiben gerne beantworte, strebt in ihrem Koalitionsvertrag eine faire und gerechte Besteuerung an. Hierzu gehört, gegen Steuerkriminalität und aggressive Steuervermeidung mit allen Mitteln vorzugehen. Die Koalitionspartner haben sich hierfür auf eine Reihe von Maßnahmen verständigt. Dazu gehören noch mehr Personal in der Finanzverwaltung, insbesondere in der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, die wir in den vergangenen Jahren bereits konsequent ausgebaut haben. Zudem setzen wir uns weiterhin für das gesetzliche Schließen von Steuervermeidungsstrategien und Steuerschlupflöchern ein.

Wir wollen auf diese Weise den bereits in der letzten Legislaturperiode erfolgreich eingeschlagenen Weg einer fairen und gerechten Besteuerung weitergehen. Hessen war und ist in vielen Bereichen Vorreiter im Kampf gegen Steuerbetrug, z. B. bei CUM-EX, CUM-CUM, Share-Deals, Internet-Handel und Gold-Finger. Die bestehenden Steuerregeln müssen durchgesetzt und bei Bedarf nachgebessert werden, damit jeder Steuerpflichtige nach seiner Leistungsfähigkeit zur Staatsfinanzierung beiträgt.

Neue Steuern gehören hingegen nicht zu den Zielen der Hessischen Landesregierung. Dies gilt insbesondere auch für die Vermögensteuer. Es gibt mehrere Studien, die von der Einführung einer Vermögensteuer abraten und auch international ist diese Steuerart kaum mehr anzutreffen.

So kommt z. B. eine Studie des ifo Institutes im Auftrag des damals SPD-geführten Bundeswirtschaftsministeriums zu dem Ergebnis, dass eine Vermögensteuer selbst bei moderaten Steuersätzen schmerzliche Negativeffekte für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hätte. Das gesamte Steueraufkommen würde – trotz der Mehreinnahmen durch die Vermögensteuer – um 30 Mrd. Euro jährlich sinken. Ein klares fiskalisches Minusgeschäft mit weniger Steueraufkommen, weniger Wachstum und Wohlstand für alle und einzig mit mehr Bürokratie, auch um neuen Steuervermeidungsstrategien zu begegnen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Schäfer', written in a cursive style.

Dr. Thomas Schäfer